

Positionen zu ausgewählten bildungspolitischen Grossratsgeschäften der Junisession 2016

Französischunterricht muss wieder selektionsfähig werden (Motion 065-2016, Schmidhauser, Bremgarten, FDP)

Die Motion fordert den Regierungsrat auf, den Französischunterricht und die entsprechenden Lehrmittel so zu überarbeiten, dass die Beurteilung einen qualifizierenden Selektionsentscheid ermöglicht. Gemäss zahlreichen Rückmeldungen von Lehrkräften sei es mit dem heutigen Lehrmittel fast unmöglich, eine angemessene und damit für alle Beteiligten nachvollziehbare Überprüfung des Lernfortschritts vorzunehmen. Dies sei für die Verlässlichkeit der Selektion jedoch unabdingbar.

Der Regierungsrat unterstützt diese Forderungen und verweist auf die bereits eingeleiteten Massnahmen. Sie erinnert daran, dass der Übertrittsentscheid für die Sek I und die Sek II auch ein prognostischer Entscheid ist. Neben der Sachkompetenz soll auch die mutmassliche schulische Entwicklung der Schülerinnen und Schüler mit einbezogen werden.

Bildung Bern unterstützt das Projekt Passepartout. Dies unter der Bedingung, dass Schwächen, die es durchaus noch aufweist, ausgemerzt werden. Was die SchülerInnen am Ende ihres Fremdsprachenunterrichts wirklich können und was nicht, kann erst beurteilt werden, wenn diese SchülerInnen alle Schuljahre absolviert haben werden. Dann muss eine gründliche Evaluation erfolgen. Bildung Bern macht darauf aufmerksam, dass die SchülerInnen Ende der 9. Klasse eben nicht mehr das Gleiche können sollen, wie bisher. Sie sollen etwa schwierige Texte entschlüsseln können und weniger Hemmungen haben, die Sprache zu sprechen. Dies sind andere Ziele, die wohl nicht mit den traditionellen Methoden und Lehrmitteln erreicht werden können.

Keine Option ist für Bildung Bern ein Abbruch der Reform und die Rückkehr zu «Bonne Chance». Ebenfalls keine Option ist die Entwicklung neuer Lehrmittel. Dazu fehlen schlicht die Ressourcen. Auch haben viele Lehrpersonen bereits viel Arbeit und Energie in ihren Unterricht gesteckt und mit dem Erfahrungszuwachs einen anderen Zugang zum Lehrmittel, zum Fremdsprachenunterricht insgesamt gefunden.

Klar ist für Bildung Bern, dass mit der neuen Didaktik und dem veränderten Sprachenlernverständnis auch die Selektion im Fach Französisch entsprechend angepasst werden muss. Selektionsentscheide sind auch prognostische Entscheide. Für den Berufsverband ist es wichtig, dass das Expertenurteil der Lehrpersonen genügend Gewicht erhält. Es darf nicht darum gehen, ständig Beweise (sprich Noten) sammeln zu müssen, um einen Selektionsentscheid zu begründen. Es ist besonders darauf zu achten, dass die Beurteilung praxistauglich und keine zusätzliche Belastung für alle ist.

Bildung Bern ist der Ansicht, dass die Selektion als Ganzes gründlich überdacht werden muss, sobald die Zeit dafür reif ist.

Bildung Bern empfiehlt die Annahme der Motion und das Denken in grösseren Zusammenhängen.

Zehnfingersystem in Volksschule erlernen (Motion 272-2015, Krähenbühl, Unterlangenegg, SVP)

Der Regierungsrat soll das Erlernen des Zehnfingersystems als Lernziel während der obligatorischen Schulzeit einführen. Damit soll sichergestellt werden, dass das Erlernen dieser Fertigkeit zwingend erfolgt, da die Eingabe von Daten per Tastatur von grosser individueller und volkswirtschaftlicher Bedeutung ist.

Die Regierung verweist auf die heutige Regelung, wonach Tastaturschreiben im fakultativen Unterricht angeboten wird. Dieses Angebot bestehe an 78 Prozent der bernischen Primarschulen. Daran soll auch künftig festgehalten werden. Das perfekte Beherrschen der Tastatur könne jedoch nicht das explizite Ziel der Volksschule sein. Zudem gewinnen in Zukunft andere Eingabeformen an Bedeutung (z.B. Spracheingabe). Da das Anliegen weitgehend im Lehrplan 21 aufgenommen ist, beantragt die Regierung die Umwandlung in ein Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung.

Bildung Bern ist mit der regierungsrätlichen Einschätzung einverstanden. In der Praxis kommt es zudem vor, dass Schulen dieses fakultative Angebot nicht selber anbieten (u.a. aufgrund der beschlossenen Sparmassnahmen). Den Schülerinnen und Schülern wird jedoch die Möglichkeit eingeräumt, dieses Angebot in einer Nachbarschule zu nutzen.

Richtigerweise darf die Entwicklung der Eingabeformen nicht ignoriert werden. Neben der Spracheingabe wird auch die Eingabe mittels Stiften vorangetrieben. Für Bildung Bern ist das Anliegen des Motionärs im Lehrplan 21 genügend aufgenommen.

Bildung Bern empfiehlt die Ablehnung als Motion und die Annahme bei gleichzeitiger Abschreibung als Postulat.

Lehrstellen erhalten - Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen (Motion 2014-2015, Imboden, Bern, Grüne)

Die Motionärin will den Regierungsrat angesichts der gestiegenen Risiken im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise auffordern, alle bestehenden Möglichkeiten zu prüfen, den Lehrstellenmarkt im Kanton zu stärken und Massnahmen zugunsten der Lernenden zu ergreifen. Jugendliche sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Die verschlechterte Arbeitsmarktsituation treffe daher zuerst diese Personen. Eine Massnahme könnte die Errichtung eines kantonalen Berufsbildungsfonds sein, damit Ausbildungsbetriebe unterstützt werden können.

Die Regierung verweist auf die vielen bereits vorhandenen Unterstützungsmassnahmen und erkennt grundsätzlich keinen weiteren Handlungsbedarf. Einzig der Forderung nach einer Errichtung eines kantonalen Berufsbildungsfonds möchte die Regierung vertiefter nachgehen und beantragt diesen Punkt zur Annahme als Postulat.

Bildung Bern unterstützt die Idee eines kantonalen Berufsbildungsfonds. Leider wurde während der Januarsession 2016 anlässlich der Behandlung der Motion Hirschi, gewandelt in ein Postulat, (M 128-2015, Schaffung eines Berufsbildungsfonds) keine parlamentarische Debatte geführt. So bleibt unklar, welche Gründe zur Ablehnung führten.

Falls ein Branchenfonds anstelle eines kantonalen Fonds besser geeignet ist, um die aktuellen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche zu bewältigen, könnte mit einem kantonalen Fonds zugewartet werden. Es ist zu wünschen, dass die Regierung einen parlamentarischen Auftrag erhält, Vorzüge und Risiken eines kantonalen Berufsbildungsfonds eingehend zu prüfen. Je nach Ergebnis ergibt sich ein entsprechender Antrag an den Grossen Rat.

Berufsbildung Bern unterstützt die regierungsrätlichen Anträge.